ISSN 1392–6195 (print)
ISSN 2029–2058 (online)
JURISPRUDENCIJA
JURISPRUDENCE
2011, 18(1), p. 285–302.

ANSÄTZE DES RECHTLICHESEINTRACHTPRINZIPS IM STRAFRECHT

Jonas Prapiestis

Universität Vilnius, Fakultät für Rechtswissenschaften
Lehrstuhl für Strajustiz
Saulėtekio 9-411, LT-10222 Vilnius, Litauen
Telephon (+370 5) 2366 167
E-Mail j.prapiestis@lat.lt

Agnė Baranskaitė

Mykolas Romeris Universität, Fakultät für Rechtswissenschaften
Lehrstuhl für Strafrecht und Kriminologie
Ateities 20, LT-08303 Vilnius, Litauen
Telephon (+370 5) 2714 584
E-Mail abaransk@mruni.eu

Eingereicht am 15 Februar 2011, zum Druck vorbereitet am 23 März 2011

Annotation. *Im vorliegenden Artikel wird die Einwirkung der Verfassung und Verfassungs-Jurisprudenz der Republik Litauen auf die strafrechtliche Rechtsschöpfung, Kriminalpolitik und Gerichtspraxis analysiert. Bei der Erschließung der tatsächlichen Verwirklichung verfassungsmäßiger Anforderungen an das Prinzip der Gerechtigkeit, Vereinbarung gegensätzlicher Interessen (rechtliche Mediation) im Strafrecht und in der Kriminalpolitik wird in der Praxis grundsätzlich auch der Inhalt der Aussöhnungsfunktion im Strafrecht eines modernen demokratischen Staates erschlossen.*

Bedeutungswörter: *das Prinzip der verfassungsrechtlichen Eintracht (Mediation), verfassungsrechtlichen Jurisprudenz, Strafrechtsschöpfung, Aussöhnungsfunktion des Strafrechtes.*

© Mykolo Romerio universitetas, 2011
© Mykolas Romeris University, 2011
ISSN 1392-6195 (print), ISSN 2029-2058 (online)
http://www.mruni.eu/lt/mokslo_darbai/jurisprudencija/
http://www.mruni.eu/en/mokslo_darbai/jurisprudencija/

Einleitung

Auch in einer Gesellschaft mit hoher Rechtskultur wird das Strafrecht oft als Schutz- und Repressivmaßnahme des Staates, als Imperativ einer unvermeidbaren (gewöhnlich einer schweren) Strafe nach begangener Tat angesehen. Daher wird im vorliegenden Artikel der Versuch unternommen, zu zeigen, dass im Strafrecht eines Rechtsstaates (bzw. eines Staates, der mindestens ein solcher zu sein strebt) die Gesamtheit von Bestimmungen und Normen verankert wird, welche die Behauptung zulässt, dass die Bestimmung des Strafrechts darin besteht, die Interessen der Konfliktsubjekte: Täter – Opfer, Täter – Staat, zu vereinbaren oder mindestens auszugleichen. Also kann mit strafrechtlichen Mitteln auch in anscheinend unaussöhnlichen Situationen nach rechtlicher Eintracht gestrebt werden. Dass so ein Streben realistisch ist, bestätigt Gerichtspraxis auch die Gerichtsstatistik in der Strafjustiz.

Im vorliegenden Artikel wird die Herkunft eines grundsätzlich neuen Aspektes der Aussöhnungsfunktion als Pflicht des Strafrechts analysiert. Es wird eine Position herausgebildet, dass die Bestimmungen in der Präambel der Verfassung der Republik Litauen die Grundlagen für eine solche Funktion des Strafrechtes gelegt haben, wo es heißt, dass die Bestrebung unseres Volkes eine offene, gerechte, harmonische Bürgergesellschaft und einem Rechtsstaat ist. Zur Umsetzung der oben genannten Bestimmungen werden die Möglichkeiten der Strafrechtsschöpfung genutzt, dementsprechend wird die Kriminalpolitik korrigiert.

Im vorliegenden Artikel werden auch die in der verfassungsrechtlichen Jurisprudenz formulierten offiziellen Doktrinen definiert, die in erster Linie den Inhalt der in der Verfassung verankerten Rechtsprinzipien, die Einwirkung auf die Strafrechtsschöpfung sowie auf die Rechtspraxis in Strafsachen verdeutlichen.

1. Ansätze der Strafrechtsschöpfung

Im Prozess der Strafrechtsschöpfung in einem modernen demokratischen Rechtstaat ist Folgendes zu grundlegenden überwiegenden Bestimmungen geworden: es gibt keine Rechtsverhältnisse, deren Grundlagen nicht durch Normen und Prinzipien[1] in der Verfassung der Republik Litauen (nachfolgend – Verfassung) definiert würden, die Verfassungsprinzipien werden in einzelnen Rechtszweigen konkretisiert, die Verfassung stellt einen Rechtsakt von höchster Geltungskraft mit allen daraus resultierenden Konsequenzen[2] dar, in der Theorie und Schöpfung des Strafrechts, in der Kriminalpolitik können keine Ideen verankert werden, die den Bestimmungen der Verfassung widersprechen.

1 Jarašiūnas, E. *Valstybės valdžios institucijų santykiai ir Konstitucinis Teismas* [Die Beziehungen zwischen den staatlichen Behörden und das Verfassungsrericht]. Vilnius: Teisinės informacijos centras, 2003, p. 31; Abramavičius, A.; Jarašiūnas, E. Konstitucinė dimensija baudžiamojoje teisėje [Verfasungsdimension im Strafrecht]. *Teisė, mokslo darbai*. 2004, 53: 13.

2 s.: Abramavichus, A.; Prapiestis, J. Princyp verkhovenstva Konstitucii v praktike Konstitucionovo Suda Litovskoj Respubliki [Das Prinzip des Vorrangs der Verfassung in der Praxis des Verfassungsgerichts der Republik Litauen]. *Mezhdunarodnyj Almanach. Konstitucionnoe pravosudie v novom tysjachiletie. Materia-*

Es ist zu bezeichnen, dass die in der Jurisprudenz des Verfassungsgerichts der Republik Litauen formulierte offizielle Verfassungsdoktrin nach ihrer Rechtskraft der Verfassung selbst gleichgestellt ist, sie stellt die Weichen für die künftige Rechtsschöpfung[3].

Die Verfassung stellt ein Rechtsmaß dar, das sowohl bei der Schaffung, als auch bei der Auslegung und Anwendung von Rechtsnormen berücksichtigt werden soll. Daher werden in der Strafrechtsschöpfung nicht nur die konkreten Grundlagen der Verantwortung festgelegt und somit rechtliche Voraussetzungen zur Verwirklichung der Forderungen an das Prinzip der Nichtvermeidung der strafrechtlichen Verantwortung für den Straftäter geschaffen, sondern da werden zugleich auch weitere verfassungsrechtliche Prinzipien entwickelt: des Rechtsstaates[4], Humanismus[5], Gerechtigkeit[6], Gleichberechtigung[7], Differenzierung der Verantwortung und Individualisierung von Strafen (die Höhe der Proportionalität zwischen der Gefährlichkeit der begangenen Straftat und der wegen begengener Tat vorgesehenen Form der strafrechtlichen Verantwortung)[8], Effizienz der strafrechtlichen Maßnahmen[9], rechtlicher Eintracht usw. Alle verfassungsrechtlichen Prinzipien sind von gleichem Wert und bilden ein einheitliches System, daher dürfen bestimmte Normen und Prinzipien der Verfassung nicht so ausgelegt werden, dass sie gegen das Wesen anderer Normen und Prinzipien der Verfassung verstoßen; die Gewährleistung einiger Werte der Verfassung darf nicht die Voraussetzungen für die Einschränkung bzw. Verletzung anderer verfassungsrechtlichen Werte schaffen. Sonst würden die einen Verfassungsnormen bzw.-Prinzipien gegenüber den anderen vorrangig werden, sie wären auf solche Weise ungleichwertig, würden das einheitliche System verletzen und somit würden sie die Voraussetzungen schaffen, die Verfassung selbst zu

---

ly IX Erevanskoj Mezhdunarodnoj konferencii „Princip verkhovenstva prava v praktike konstitucionnovo pravosudija“. 15-16 oktjabrja, 2004. Erevan: Centr konstitucionnovo prava Respubliki Armenija, 2004, s. 189.

3 s. Kūris, E. Konstitucinės justicijos proceso teisės klausimai [Zu Fragen des Prozessrechts der Verfassungsjustiz]. *Teisė, mokslo darbai*. 2011, 78: 8, 21.

4 s., z.B.: Beschluss vom 13. Dezember 1993 des Verfassungsgerichts der Republik Litauen. *Staatsnachrichten*. 1993, Nr. 70-1320, Beschluss vom 28. Mai 2010 des Verfassungsgerichts der Republik Litauen. *Staatsnachrichten*. 2010, Nr. 63-3111 u.a.

5 s. z.B.: Beschluss vom 13. Juni 2000 des Verfassungsgerichts der Republik Litauen. *Staatsnachrichten*. 2000, Nr. 49-1424 u.a.

6 s., z.B.: Wyrok Trybunału Konstytucyjnego Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 6 grudnia 2004 r. Sygn. akt SK 29/04. *Dziennik Ustaw*. 2004, Nr. 264, poz. 2641; Beschluss vom 8. Oktober 2009 des Verfassungsgerichts der Republik Litauen. *Staatsnachrichten*. 2009, Nr. 121-5237 u.a.

7 S. z.B.: Wyrok Trybunału Konstytucyjnego Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 22 lutego 2005 r. Sygn. akt K 10/04. *Dziennik Ustaw*. 2005, Nr. 39, poz. 377; Beschluss vom 14. Februar 1994 des Verfassungsgerichts der Republik Litauen. *Staatsnachrichten*. 1994, Nr. 13-221; Beschluss vom 30. Juni 2000 des Verfassungsgerichts der Republik Litauen. *Staatsnachrichten*. 2000, Nr. 54-1588 u.a.

8 S. z.B.: Beschluss vom 13. November 1997 des Verfassungsgerichts der Republik Litauen. *Staatsnachrichten*. 1997, Nr. 104-2645; Beschluss vom 10. Juni 2003 des Verfassungsgerichts der Republik Litauen. *Staatsnachrichten*. 2003, Nr. 57-2552; Beschluss vom 10. November 2005 des Verfassungsgerichts der Republik Litauen. *Staatsnachrichten*. 2005, Nr. 134-4819 u.a.

9 s. z.B.: Beschluss vom 8.April 1997 des Verfassungsgerichts der Republik Litauen. *Staatsnachrichten*. 1997, Nr. 31-770 u.a.

verletzen.[10] Daher sind in der Rechtsschöpfung alle verfassungsrechtlichen Prinzipien zu berücksichtigen, wobei in einzelnen Rechtsakten selbstverständlich diejenigen Aspekte der Prinzipien konkretisiert und verdeutlicht werden, welche für einen konkreten Rechtszweig sowie seine Institute von größter (grundlegender) Bedeutung sind. Es sind auch bei der Anwendung von Normen des modernen Strafrechts die Bestimmungen der verfassungsrechtlichen Prinzipien einzuhalten.[11]

Jeder Staat, da er gezwungen ist, bestimmte für Individuen, Gesellschaft und Staat gefährliche Taten zu verbieten, muss zugleich auch Rechtsfolgen – Sanktionen in Fällen des Begehens solcher Taten festzustellen. In der modernen Doktrin des Strafrechts wird unter Berücksichtigung der Auffassung eines Verfassungs- und Rechtsstaates behauptet, dass der Staat bei der Anwendung strafrechtlicher Maßnahmen eine proportionelle Intervention in die aufzubewahrenden gesellschaftlichen Beziehungen anwenden soll. Ebenfalls wird betont, dass die vom Staat angewendete strafrechtliche Intervention in jedem einzelnen Fall unabdingbar, genauer gesagt – unvermeidbar ist, und sie zum Erreichen eines bestimmten Ziels anzuwenden ist.[12] Die Strafe sollte also in jedem Fall als *ultima ratio* angewendet werden, wenn andere Maßnahmen von sozialer, rechtlicher oder sonstiger Einwirkung nicht im Stande sind zu gewährleisten, dass eine angemessene und ausreichende Einwirkung auf den Straftäter ausgeübt wird, damit dieser künftig gegen die durch das Strafrecht festgelegten Verbote nicht verstößt.

Die Notwendigkeit der Anwendung aller strafrechtlichen Maßnahmen, die Anpassung deren Einwirkung auf Personen, welche die Verbote des Strafrechts verletzt haben, wird ebenfalls in der Doktrin[13] des Strafrechts, offizielle Doktrin des Verfassungsgerichts[14] und in der Verfassungsjurisprudenz [15] hervorgehoben. Zugleich ist dies auch als Konkretisierung von Forderungen an die verfassungsrechtlichen Prinzipien im Strafrecht einzuschätzen.

Es ist selbstverständlich nicht möglich, in einem Artikel von begrenztem Umfang die Wichtigkeit der oben genannten Bestimmungen, die grundsätzlich von methodolo-

---

10 s., z.B.: Beschluss vom 12. Juli 2001 des Verfassungsgerichts der Republik Litauen. *Staatsnachrichten*. 2001, Nr. 62-2276; Beschluss vom 31. März 2004 des Verfassungsgerichts der Republik Litauen. *Staatsnachrichten*. 2004, Nr. 49-1600 u.a.

11 s. z.B.:Beschluss vom 6. Dezember 2000 des Verfassungsgerichts der Republik Litauen. *Staatsnachrichten*. 2000, Nr. 105-3318 u.a.

12 s., z.B.: Hassemer, W. Perspektiven eines künftigen Strafrechts. *Teisė, mokslo darbai*. 2000, 36: 26; Bemmann, G. Täter-Opfer-Ausgleich im Strafrecht. *Juristische Rundschau.* 2003, 6: 230–231; Švedas, G. *Laisvės atėmimo bausmė: baudžiamosios politikos, baudžiamieji teisiniai ir vykdymo aspektai* [Freiheitsstrafe: Aspekte der Kriminalpolitik, des Strafrechts und des Vollzugs]. Vilnius: Teisinės informacijos centras, 2003, p. 35.

13 s., z.B.: Lampe, E. J. *Strafphilosophie. Studien zur Strafgerechtigkeit*. Köln, Berlin, Bonn, München – Carl Heymanns Verlag KG, 1999, s. 213–218; Abramavičius, A.; Mickevičius, D.; Švedas, G. *Europos Sąjungos teisės aktų įgyvendinimas Lietuvos baudžiamojoje teisėje* [Verwirklichung der Rechtsakten der Europäischen Union im litauischen Strafrecht]. Vilnius: Teisinės informacijos centras, 2005, p. 28–29.

14 s., z.B.: Beschluss vom 9. Dezember 1998 des Verfassungsgerichts der Republik Litauen. *Staatsnachrichten*. 1998, Nr. 109-3004 u.a.

15 s., z.B.: Abramavichus, A.; Prapiestis, J. Litva: problema smertnoj kazni v konstitucionnom pravosudii [Litauen: Das Problem der Todesstrafe in der Verfassungsgerichtsbarkeit]. *Konstitucionnoe pravo: Vostochnoevropejskoe obozrenie*. 2004, 2(47): 143.

gischer Bedeutung sind, in der Strafrechtsschöpfung und Jurisprudenz zu verdeutlichen. Daher wird hier hauptsächlich das verfassungsrechtliche Prinzip der Eintracht analysiert, da die Forderungen bezüglich dieses Prinzips im neuen Strafgesetzbuch einen neuen Inhalt erworben haben und manche seine Aspekte im Strafgesetz zum ersten Mal verankert worden sind.

2. Rahmenaspekte des Prinzips des Rechtsfriedens (der Rechtlichen Eintracht) im Stfrafrecht

Eine der Verpflichtungen und Funktionen eines modernen demokratischen Rechtsstaates ist die Vereinbarung der Interessen des Individuums mit denen von gesellschaftlichen Gruppen, der gesamten Gesellschaft und des Staates, Erstrebung des sozialen Kompromisses zwischen ihren gegensätzlichen (und sogar widerstrittigen) Interessen.

Das Streben nach einer offenen, gerechten und harmonischen Bürgergesellschaft und nach einem Rechtsstaat ist ebenfalls in der Präambel der Verfassung verankert. Gerade bezüglich dieses Strebens wird verlangt, dass durch Entscheidungen und Handlungen der staatlichen Behörden, Politiker, die an der Macht sind, unterschiedliche soziale Interessen vereinbart werden, die Solidarität der Bürger gefördert und ein Muster von Eintracht gezeigt wird. Im Staat ist also die Aussöhnungspolitik der Menschen auszuüben, Vereinbarung unterschiedlicher Interessen und Suche nach Eintracht anzustreben, d. h., die Politik einer rechtlichen Eintracht auszuüben. Dies ist insbesondere bei der Schaffung und Umsetzung der Kriminalpolitik eines modernen demokratischen Staates wichtig.

Im Kontext des zu analysierenden Themas ist zu bezeichnen, dass ein demokratischer Rechtsstaat gleich daran interessiert sein soll, dass nicht nur Straftaten und Straftäter aufgedeckt und gerechte, begründete und proportionelle Strafen bzw. sonstige strafrechtliche Maßnahmen verhängt werden, sondern auch allseitiger Schutz des Opfers, Wiederherstellung seiner verletzten Freiheiten, Rechte und rechtmäßigen Interessen erfolgt.

Darüber und zugleich über die Notwendigkeit, den Schutz und die Verteidigung von Rechten und Freiheiten des Opfers zu festigen, sowie über die Notwendigkeit, den Einfluss des Opfers zu erhöhen, seine Rechtslage in strafrechtlichen, strafprozessualen Rechtsverhältnissen und überhaupt im gesamten Rechtssystem wird immer häufiger in Berichten der Präsidenten des Landes[16], auf wissenschaftlichen (nationalen und internationalen) Koferenzen sowie in Beratungen von juristischen Praktikern gesprochen. Es wird gewöhnlich zugegeben, dass bei der Ausarbeitung neuer Gesetze des Strafrechts und des Strafprozessrechts eine der grundsätzlichen Bestimmungen – die Erhöhung der

16 s.: *Jahresbericht des Präsidenten der Republik Algirdas Brazauskas*. 1997. Die lage in Litauen, die litauische Innen- und Außenpolitik. Präsidentenkanzlei der Republik Litauen, 1998, s. 70; Jahresbericht des Präsidenten der Republik Valdas Adamkus. Stenogramm der vierzehnten (210) Sitzung vom 2. April 2002 des Sejms der Republik Litauen. *Die vierte Tgung des Sejms der Republik Litauen*. 2. April 2002 14(210), 15 (211) Sitzungen. Stenogramme. Nr. 120, s. 5.

Rolle des Opfers im Strafrecht – beachtet werden sollte. Das Opfer soll ein aktiver Beteiligter des Prozesses werden, dessen Aufgabe in erster Linie die Verteidigung seiner Interessen sein sollte.[17] Es ist hervorzuheben, dass in der Rechtsschöpfung (nicht nur in derjenigen unseres Landes) die Aufmerksamkeit für die Rechte und rechtmäßige Interessen des Opfers sowie für die Wiederherstellung von diesen Interessen, die durch eine Straftat verletzt wurden, ständig wächst. Aus diesem Grund werden die prozessualen Rechte des Opfers erweitert – es wird ihm ermöglicht, den Verlauf des Strafprozesses, den Ausgang des Strafverfahrens zu beeinflussen, ohne die gesetzlichen Grenzen zu überschreiten, und gemeinsam mit dem Gericht über das Schicksal des Straftäters zu entscheiden. Am deutlichsten ist die Position unseres Staates im Kontext der zu analysierenden Frage verwirklicht worden bei Verankerung und Erweiterung der Anwendung des Instituts des in Art. 38 des neuen Strafgesetzbuches (nachfolgend StGB) von 2000 der Republik Litauen vorgesehenen Täter-Opfer-Ausgleichs – Befreiung von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit des Straftäters im Fall seiner Aussöhnung mit dem Opfer.

Der Staat erlaubt somit in bestimmten durch das Gesetz festgelegten Fällen dem Opfer im Strafverfahren sich als „Herr" der sich ergebenen Situation zu fühlen, dessen Meinung im Strafprozess berücksichtigt wird und von dessen Entscheidung die Bestrafung oder Begnadigung des Täters abhängig gemacht wird, d. h. der Staat schafft die Voraussetzungen zur Vermeidung von Strafrepressionen. Dies erlaubt dem Opfer sich als äußerst bedeutungsvolle Prozessfigur zu anzusehen sowie eine bestimmte psychologische Befriedigung (moralische Wiedergutmachung) zu fühlen. Die Befriedigung der Bedürfnisse des Opfers im Strafverfahren stellt sein privates Interesse dar, das er seinerseits „stellt" und an das Strafrecht „delegiert", das auf Grund des Aussöhnunginstituts die öffentlichen und privaten Interessen unter einen Hut bringt. Somit hat das Opfer nach Worten der Vertreter der Schule des Strafrechts das Recht, einen Einfluss auf den Verlauf des Strafverfahrens auszuüben, insbesondere in den mit den privaten Interessen zusammenhängenden Strafsachen, ebenfalls indem er sich mit dem Täter aussöhnt.[18]

Andererseits kann das private Interesse des Opfers in diesen strafrechtlichen Verhältnissen nicht als einzig wichtiges Interesse betrachtet werden. Nicht weniger wichtig sind das private Interesse des Täters und das öffentliche Interesse des Staates.

Das private Interesse im Strafverfahren ist das Recht des Täters auf Humanität, auf unverzögerten und effektiven Prozess in seiner Strafsache zu hoffen und danach zu

17 s. z.B.: Zoll, A. Założenia politycznokryminalne kodeksu karnego w świetle wyzwań współczesności. *Państwo i prawo*. 1998, 9-10(631-632): 49; Schöch, H. *Täter-Opfer-Ausgleich aus kriminologischer und strafrechtlicher Sicht. Protokolldienst*. Täter-Opfer-Ausgleich als Modifikation des Zwangs zur Strafe. Tagung vom 15. bis 16. Juni, 1992 in der Evangelischen Akademie Bad Boll. Bad Boll: Evangelische Akademie Bad Boll, 1993, Nr. 17, s. 38; Finger, H. R. Die strukturellen und finanziellen Voraussetzungen einer umfassenden Anwendung des Täter-Opfer-Ausgleichs. *Zeitschrift für Rechtspolitik*. 2002, 12(35): 515; Franke, U. Die Rechtsprechung des BGH zum Täter-Opfer-Ausgleich. *Neue Zeitschrift für Strafrecht*. 2003, 8: 410.

18 Tagancev, N. S. *Russkoe ugolovnoe pravo*. Lekcii. Chastj obschaja. V 2-h tomakh. Tom 2. [Russisches Strafrecht. Vorlesungen. Allgemeiner Teil. In 2 Bänden]. Moskva: Nauka, 1994, s. 336–337.

streben, und falls eine gesetzliche Möglichkeit besteht – die strafrechtliche Verantwortlichkeit sowie deren Konsequenzen zu vermeiden.

Laut Verfassung besteht die Pflicht des Gesetzgebers darin, solche gesetzliche Regelung zu gewährleisten, welche die Voraussetzungen schaffen würde, die staatlichen Behörden dazu zu verpflichten, die Interessen des Täters zu beachten, ihn humanistisch zu behandeln und es unterlassen, für ihn zu strenge, in einer bestimmten Situation nicht notwendige Repressivmaßnahmen anzuwenden.[19] Der deutlichste Ausdruck solch einer Einstellung in Bezug auf den Täter in der rechtlichen Regelung ist die Freisprechung des Täters im Fall seiner Aussöhnung mit dem Opfer, Entlassung gegen Kaution u. a. Das verleiht die rechtliche Möglichkeit für den Täter die tatsächliche Strafe zu vermeiden, die zur letzten Zeit in unserem Staat hauptsächlich eine Freiheitsstrafe darstellt (ca. 50 %)[20], und zugleich die damit verbundenen Konsequenzen nicht zu spüren, wie z. B.: eine Person kann eine Vorstrafe vermeiden, die gewöhnlich langfristig seine verschiedenen Rechte einschränken und nicht selten ihn verhindern würde, eine bestimmte Tätigkeit auszuüben oder einer bestimmten Arbeit nachzugehen. Bei der Anwendung des Instituts der Strafaussetzung wird das Interesse des Täters befriedigt, von der Gesellschaft nicht isoliert zu bleiben und die sozial wertvollen gesellschaftlichen Verbindungen nicht zu verlieren, darunter auch die Verbindung zur Familie, sowie die vorhandene Arbeit oder Beschäftigung nicht zu verlieren usw. Dies verhilft ebenfalls dazu, das Problem der eventuellen Resozialisation zu vermeiden, das zur Zeit in Litauen besonders aktuell ist und das in vielen Fällen sich nicht lösen lässt.

Zugleich sollten auch die Interessen des Opfers nicht vergessen bzw. unterschätzt werden, und ein unbegründeter Humanismus bei der Strafzumessung für den Täter sollte nicht zur Verhöhnung des Opfers werden. Daher gilt die Strafe als gerecht, wenn bei deren Zumessung sowohl die Interessen des Täters, als auch diejenigen des Opfers berücksichtigt werden, wenn keinem von denen eine vorrangige Bedeutung beigemessen wird. Es ist zu betonen, dass bei der Strafzumessung ebenfalls die durch Begehen der Straftat verlorengegangenen Werte, deren Bedeutung und deren Stelle in der Hierarchie der Werte nicht ignoriert bzw. unterschätzt werden sollten. Eine übermäßig leichte, der Gefährlichkeit der Straftat, deren Folgen sowie der Persöhnlichkeit des Täters nicht angemessene Strafe verstößt gegen das Humanitätsprinzip, denn so werden die Interessen des Opfers herabgewürdigt, seine Würde wird verletzt. Durch solche Gerichtsentscheidungen wird zugleich die Meinung herausgebildet, dass die Gerichte nicht gleich,

19 Beschluss vom 2. Oktober 2001 des Verfassungsgerichts der Republik Litauen. *Staatsnachrichten*. 2001, Nr. 85-2977.

20 *Nusikalstamumas ir teisėsaugos institucijų veikla 2002* [Kriminalität und die Tätigkeit der Justizbehörden 2002]. Vilnius: Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės, 2003, p. 24; *Nusikalstamumas ir teisėsaugos institucijų veikla 2005* [Kriminalität und die Tätigkeit der Justizbehörden 2005]. Vilnius: Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės, 2006, p. 24; *Nusikalstamumas ir teisėsaugos institucijų veikla 2008* [Kriminalität und die Tätigkeit der Justizbehörden 2008]. Vilnius: Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės, 2009, p. 25; *Nusikalstamumas ir teisėsaugos institucijų veikla 2009* [Kriminalität und die Tätigkeit der Justizbehörden 2009]. Vilnius: Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės, 2010, p. 25.

einseitig die Interessen einzelner Subjekte der Strafrechtsverhältnisse vertreten[21]. Daher ist es notwendig, den Imperativ des Gleichgewichts zwischen den Interessen des Täters und des Opfers zu berücksichtigen, der in erster Linie durch verfassungsrechtliche Eintracht-und Gerechtigkeitsprinzipien bestimmt wird, d. h. das Gericht hat gegen den Täter eine solche Strafe zu verhängen, die sowohl den Interessen des Opfers als auch denen des Täters entspricht, das Gleichgewicht dieser Interessen anstrebt und zugleich einen Beitrag leistet das Streben nach einer offenen, gerechten und harmonischen Bürgergesellschaft sowie eines Rechtsstaates, was in der Präambel der Verfassung verankert ist.

Als öffentliches Interesse gilt die Gesamtheit der für einzelne Subjekte (die gesamte Gesellschaft, den Staat) charakteristischen Interessen, die auf gemeinsame Bedürfnisse und deren Verwirklichung in der gesamten Gesellschaft und im Staat hinweisen. Das öffentliche Interesse ist keine abstrakte Kategorie, da es während des sozialen Umgangs von Beteiligten an Rechtsverhältnissen mit eigenen, nicht immer miteinander übereinstimmenden, oft gegensätzlichen Interessen entsteht.

Das öffentliche Interesse bei Anwendung des Instituts der Strafaussetzung beinhaltet das Anstreben des Staates, der mit dem Täter grundsätzlich ein Kompromiss eingeht, zugleich auch einer Lösung bestimmter kriminalpolitischer Aufgaben, wie Verminderung der Zahl von die Freiheitsstrafe verbüßenden Verurteilten und somit das Vermeiden von Überfüllung der Justizvollzugsanstalten, Entlastung der Justizbehörden und Verringerung finanzieller Kosten, Verkürzung der Fristen für Untersuchungsverfahren, Reduzierung der Rückfallkriminalität, Überredung von Straftätern zur Wiedergutmachung bzw. zur Behebung des angerichteten Schadens, Erregen des Interesses der Straftäter an der Zusammenarbeit mit Justizbehörden usw. All das mildert die durch den ausgelösten Konflikt (bei Verstoß gegen die Verbote des StGB) entstandenen negativen Auswirkungen.

3. Praktische (Statistische) Aspekte des Prinzips des Rechtsfriedens in der Kriminalpolitik

In der Doktrin des Strafrechts hat sich die Meinung herausgebildet, dass das Strafrecht eine Schutz-, Repressiv-, Präventiv- und Informationsfunktion erfüllt. Zugleich wird allgemein zugegeben, dass das Strafrecht in erster Linie eine Schutzfunktion erfüllen soll, da der Gesetzgeber diese als Mittel zum Schutz bestimmter Interessen einer Person, einzelner Gruppen von Gesellschaftsmitgliedern, der Gesellschaft und des Staates von gefährlichen Angriffen auf sie und von der Schadenszufügung anwendet. Zu diesem Zweck verbietet der Gesetzgeber die Taten, durch die ein Schaden zugefügt wird oder die Gefahr besteht, dass ein solcher Schaden zugefügt werden kann. Zur Erfüllung der Schutzfunktion des Strafrechts ist die Gesamtheit von Mitteln entsprechender staatlicher Gewalt - von Repressivmaßnahmen geschaffen. Das ist das System von im Strafprozessrecht festgelegten Mitteln der prozessualen Gewalt bzw. von sonstigen notwendigen

21 Beschluss vom 29. Dezember 2006 des erweiterten Kollegiums von sieben Richtern, Abteilung für Strafsachen des Obersten Gerichts Litauen im Strafverfahren Nr. 2K-7-576/2006.

Zwangsmaßnahmen zur Gewährleistung des Untersuchungsprozesses einer Strafsache. Zugleich wird auch ein kompliziertes System von Behörden, die für die Durchführung dieser Maßnahmen zuständig sind, geschaffen.

In den Sanktionen des Strafrechts sind Strafen für Straftaten, Strafmaßnahmen sowie die Grundlagen und Vorschriften deren Zumessung für Straftäter festgelegt. Die im Strafprozessrecht und im Strafrecht verankerten Zwangsmaßnahmen sowie deren Anwendung für die Straftäter widerspiegeln die repressive Funktion des Strafrechtes. Das Wesen dieser Funktion kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass jede Person, die eine Straftat begangen hat, sich gemäß dem Gesetz zu verantworten hat.

In der modernen verfassungsrechtlichen Jurisprudenz wird zugegeben, dass eine beliebige getrennt angewendete strafrechtliche Maßnahme keine absolute Sicherheit einer Person, einzelner Gruppen von Gesellschaftsmitgliedern, der Gesellschaft und des Staates vor strafrechtlichen Angriffen gewährleistet[22]. Nur die bedingungslose Bestrafung von Straftätern, d. h. die Erfüllung der strafrechtlichen Repressivfunktion allein gewährleistet noch keine maximale Effektivität der strafrechtlichen Schutzfunktion. Die Strafzumessung für den Straftäter sowie deren Vollstreckung ist noch bei Weitem keine Garantie, dass eine solche Person künftig keine neuen Straftaten begehen wird, dass die verhängte Strafe eine spezielle Prävention versichert. Die Strafe ist ebenfalls keine Garantie, dass auch die Ziele der allgemeinen Prävention erreicht werden. Daher ist die Anwendung von Strafen bzw. von sonstigen strafrechtlichen Repressivmaßnahmen allein für die Straftäter noch keine Gewährleistung, dass die durch die Straftaten verletzte Ordnung und Gerechtigkeit wiederhergestellt wird und dass die Interessen der durch die Straftaten Geschädigten beschützt bzw. wiederhergestellt werden. Daher kombiniert das moderne Strafrecht die Repressivmaßnahmen mit humanen, sparsameren (nicht nur im direkten Sinne des Wortes) Zwangsmaßnahmen. Zu solchen Maßnahmen gehört ebenfalls das Institut der Befreiung von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit. Es ist erwähnt worden, dass das Institut des Strafrechts und insbesondere eine von dessen Formen, die in Art. 30 StGB verankert ist, es ermöglicht, ein Kompromiss zwischen den Interessen des Opfers und Täters, des Täters und des Staates einzugehen, d. h. ein Kompromiss zwischen privaten Interessen sowie zwischen dem öffentlichen und dem privaten Interesse.

Die Anwendungspraxis des Instituts der Befreiung von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit zeigt, dass dieses Institut bereits seit der Verankerung im StGB sowohl für die litauische Strafrechtswissenschaft, als auch für die Gerichtspraxis annehmbar geworden ist. Seit 1999 findet das Institut der Befreiung von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit bei den Gerichten der Republik Litauen jährlich für ca. 5000 Personen, denen Straftaten zur Last gelegt werden, seine Anwendung. Im Zeitraum zwischen 1994 und 2010 sind auf Grund Art. 36 – 40 StGB, in denen bestimmete Arten der Befreiung von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit verankert sind, mehr als 60.000 Straftäter von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit befreit worden.

---

22 Beschluss vom 29. Dezember 2004 des Verfassungsgerichts der Republik Litauen. *Staatsnachrichten*. 2004, Nr. 1-7.

Die Analyse der Anwendungspraxis des Instituts der Befreiung von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit zeugt davon, dass das oben genannte Institut den Straftätern dazu verhilft, Beziehungen zu Familien, zur Gesellschaft beizubehalten, den Beruf nicht zu verlieren, sowie sonstige Beziehungen aufrechtzuerhalten, die nicht nur einen wichtigen allgemeinmenschlichen Wert haben, sondern einen wesentlichen Faktor in Bezug auf die Rückfallstraftaten und überhaupt auf die Kriminaltitätsprävention darstellen. Es ist nicht zu bezweifeln, dass eine Freiheitsstrafe, insbesondere eine langfristige, einer der Faktoren ist, welcher die Rückfallstraftaten fördert. Die von den Verfassern des Artikels durchgeführten Stichprobenforschungen weisen darauf hin, dass die Rückfallstraftaten unter den Personen, denen Art. 36 – 40 StGB (in denen das Institut der Befreiung von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit verankert ist) angewendet worden sind, 10 % ausmachen, während die allgemeine Rückfallquote ca. 29 % beträgt.[23]

Von grundlegender Bedeutung im Kontext der zu analysierenden Frage sind ebenfalls folgende Angaben: für ca. 80 % von Personen, für die der Befreiung von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit angewendet wurde, bestand eine reale Möglichkeit, eine Freiheitsstrafe zu verhängen. Das betrifft jährlich ca. 4000 Personen. Die gerichtliche Statistik zeugt davon, dass die Gerichte für jeden Verurteilten im Durchschnitt eine Freiheitsstrafe von mehr als 5 Jahren verhängen. Der Unterhalt eines jeden Verurteilten in den Justizvollzugsanstalten kostet etwa 20.000 Lt (etwa 5.800 Eur) pro Jahr.[24] Die angegeben Momente des Instituts der Befreiung von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit zeugen daher nicht nur von seiner humanistischen Natur und seinem Wesen. Die Konsequenzen der Anwendung des Instituts der Befreiung von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit ermöglichen es, über bestimmte Sparmaßnahmen von materiellen, finanziellen Mitteln des Staates bei der Ausübung der Kriminal- und Strafvollzugspolitik zu reden.

Zum anderen ist es nicht weniger wichtig, dass der Gesetzgeber, der im StGB das Institut der Befreiung von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit verankert und, wie die

---

23 *Nusikalstamumas ir teisėsaugos institucijų veikla* [Kriminalität und die Tätigkeit der Justizbehörden] Vilnius: Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės, 1998, p. 10–11, 21–22, 27; *Nusikalstamumas ir teisėsaugos institucijų veikla 2000* [Kriminalität und die Tätigkeit der Justizbehörden 2000]. Vilnius: Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės, 2001, p. 9, 14–15; *Nusikalstamumas ir teisėsaugos institucijų veikla 2003* [Kriminalität und die Tätigkeit der Justizbehörden 2003]. Vilnius: Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės, 2004, p. 10, 14, 64, 67; *Nusikalstamumas ir teisėsaugos institucijų veikla 2006* [Kriminalität und die Tätigkeit der Justizbehörden 2006]. Vilnius: Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės, 2007, p. 11, 14, 20, 47, 49, 68, 70, 73, 77; *Nusikalstamumas ir teisėsaugos institucijų veikla 2009* [Kriminalität und die Tätigkeit der Justizbehörden 2009]. Vilnius: Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės, 2010, p. 12, 15, 16, 23.

24 Baranskaitė, A. Humanizmo principas atleidimo nuo baudžiamosios atsakomybės instituto istorinės raidos kontekste [Das Prinzip des Humanismus im Kontext der geschichtlichen Entwicklung des Instituts des Täter-Opfer-Ausgleichs]. *Socialinių mokslų studijos*. 2009, 4(4): 189; *Nusikalstamumas ir teisėsaugos institucijų veikla 2007* [Kriminalität und die Tätigkeit der Justizbehörden 2007]. Vilnius: Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės, 2008, p. 26, 39; *Nusikalstamumas ir teisėsaugos institucijų veikla 2009* [Kriminalität und die Tätigkeit der Justizbehörden 2009]. Vilnius: Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės, 2010, p. 27, 39; Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės [Departement für Statistik der Regierung der Republik Litauen] [interaktiv]. Vilnius [zugegriffen 2011-02-06]. <http://www.stat.gov.lt/lt/pages/view/?id=1345>.

statistischen Daten zeigen, reale (realisierbare) Grundlagen und Voraussetzungen für seine Anwendung festgelegt hat, zugleich rationelle Möglichkeiten geschaffen hat, bei der Gerechtigkeitsvollstreckung in Strafsachen die verfassungsrechtlichen Prinzipien der Gerechtigkeit, Humanität u. a. zu berücksichtigen.

Obwohl die angegeben statistischen Daten bezüglich Anwendung des Instituts der Befreiung von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit ziemlich eindrucksvoll sind, ist es glaubwürdig, dass die Möglichkeiten der Anwendung dieses Instituts noch nicht erschöpft sind, z.B.: in Art. 38 Abs. 1 StGB ist verankert, dass es möglich ist, über die Frage der Anwendung des TOA gegenüber den Tätern zu entscheiden, die ein strafrechtliches Vergehen, ein fahrlässiges bzw. leichtes oder mittelschweres vorsätzliches Verbrechen begangen haben. Solche Straftaten machen 90 % aller im speziellen Teil des StGB vorgesehenen strafrechtlichen Handlungen aus. Für 9 von 10 Personen, die gegen das StGB verstoßen haben, kann also gemäß Art. 38 der Befreiung von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit angewendet werden. Die statistischen Daten sowie die Struktur der Kriminalität weisen darauf hin, dass die in Art. 38 Abs. 1 StGB genannten Straftaten einen verhältnismäßig gleichen Teil auch unter allen Straftaten, die begangen werden, ausmachen.[25]. Und die Zahl der Personen, die nach Art. 38 StGB von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit befreit werden, macht nur 15 % aller Straftäter aus, obwohl das genannte Institut des TOA unter allen Arten der Befreiung von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit bereits vorherrschend ist (beträgt ca. 90 %).

Die Bestimmung des Instituts der Befreiung von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit, seine gesetzliche Reglementierung und Anwendungspraxis bestätigen also, dass mit dem Strafrecht und mit seiner Anwendungspraxis erstrebt wird, nicht nur die Täter zu bestrafen, sondern auch die durch Strafhandlungen verletzte Ordnung, die verletzten Interessen und Güter wiederherzustellen, öffentliche und private Interessen zu vereinbaren, Kompromisse einzugehen, d. h. Rechtsfrieden wiederherzustellen. Gerade das kann als Verwirklichung von Verfassungsbestimmungen, die das Streben nach einer offenen, gerechten und harmonischen Bürgergesellschaft und einem Rechtsstaat verankern, und als Herausbildung einer neuen Aussöhnungsfunktion betrachtet werden.[26]

Schlussfolgerungen

1. Die Verfassung, die in der verfassungsrechtlichen Jurisprudenz formulierte offizielle Doktrin übt immer stärkeren unmittelbaren Einfluss auf die Rechtsschöpfung aus. Die verfassungsrechtlichen Dimensionen werden zum unzertrennlichen Bestandteil des Strafrechts.

2. Aus dem in der Verfassungspräambel verankerten Prinzip des Rechtsfriedens geht auch das realisierbare Institut der Befreiung von der strafrechtlichen Verantwor-

25 Nusikalstamumo prevencijos Lietuvoje centras [Zentrum für Kriminalitätsprävention in Litauen] [interaktiv]. Vilnius [zugegriffen 2011-02-06]. <http://www.nplc.lt/stat/atas/ird/bs/bs.htm>.

26 Baranskaitė, A. *Taikos sutartis baudžiamojoje teisėje* [Friedensvertrag im Strafrecht]. Vilnius: Teisinės informacijos centras, 2007, p. 65.

tlichkeit hervor, dessen rechtliche Reglementierung und Anwendungspraxis bestätigen, dass für das moderne Strafrecht auch die Eintrachtsfunktion eigen ist.

3. Die Doktrin des Strafrechts, Jurisprudenz leistet auch einen Beitrag zur Erschließung des Inhalts der verfassungsrechtlichen Prinzipien im Strafrecht, zur Verankerung ihrer Imperative (Anforderungen) im Strafrecht und seiner Anwendung in der Praxis.

Literatur

Abramavichus, A.; Prapiestis, J. Litva: problema smertnoj kazni v konstitucionnom pravosudii [Litauen: Das Problem der Todesstrafe in der Verfassungsgerichtsbarkeit]. Konstitucionnoe *pravo: Vostochnoevropejskoe obozrenie*. 2004, 2(47).

Abramavichus, A.; Prapiestis, J. Princyp verkhovenstva Konstitucii v praktike Konstitucionovo Suda Litovskoj Respubliki [Das Prinzip des Vorrangs der Verfassung in der Praxis des Verfassungsgerichts der Republik Litauen]. *Mezhdunarodnyj Almanakh*. *Konstitucionnoe pravosudie v novom tysjachiletie. Materialy IX Erevanskoj Mezhdunarodnoj konferencii „Princip verkhovenstva prava v praktike konstitucionnovo pravosudija"*. 15-16 oktjabrja, 2004. Erevan: Centr konstitucionnovo prava Respubliki Armenija, 2004.

Abramavičius, A.; Jarašiūnas, E. Konstitucinė dimensija baudžiamojoje teisėje [Verfasungsdimension im Strafrecht]. *Teisė*. 2004, 53.

Abramavičius, A.; Mickevičius, D.; Švedas, G. *Europos Sąjungos teisės aktų įgyvendinimas Lietuvos baudžiamojoje teisėje* [Verwirklichung der Rechtsakten der Europäischen Union im litauischen Strafrecht]. Vilnius: Teisinės informacijos centras, 2005.

Baranskaitė, A. Humanizmo principas atleidimo nuo baudžiamosios atsakomybės instituto istorinės raidos kontekste [Das Prinzip des Humanismus im Kontext der geschichtlichen Entwicklung des Instituts des Täter-Opfer-Ausgleichs]. *Socialinių mokslų studijos*. 2009, 4(4).

Baranskaitė, A. *Taikos sutartis baudžiamojoje teisėje* [Friedensvertrag im Strafrecht]. Monografija. Vilnius: Teisinės informacijos centras, 2007.

Bemmann, G. Täter-Opfer-Ausgleich im Strafrecht. *Juristische Rundschau*. 2003, 6.

Beschluss vom 29. Dezember 2006 des erweiterten Kollegiums von sieben Richtern, Abteilung für Strafsachen des Obersten Gerichts Litauen im Strafverfahren Nr. 2K-7-576/2006.

Conclusion of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania of 31 March 2004 "On the compliance of actions of President Rolandas Paksas of the Republic of Lithuania against whom an impeachment case has been instituted with the Constitution of the Republic of Lithuania". *Rulings and Decisions of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania*. No. 22. Vilnius: Constitutional Court of the Republic of Lithuania, 2004.

Finger, H. R. Die strukturellen und finanziellen Voraussetzungen einer umfassenden Anwendung des Täter-Opfer-Ausgleichs. *Zeitschrift für Rechtspolitik*. 2002, 12(35).

Franke, U. Die Rechtsprechung des BGH zum Täter-Opfer-Ausgleich. *Neue Zeitschrift für Strafrecht*. 2003, Heft 8.

Hassemer, W. Perspektiven eines künftigen Strafrechts. *Teisė*. 2000, 36.

Jahresbericht des Präsidenten der Republik Algirdas Brazauskas. 1997. Die lage in Litauen, die litauische Innen- und Außenpolitik. Präsidentenkanzlei der Republik Litauen, 1998.

Jahresbericht des Präsidenten der Republik Valdas Adamkus. *Stenogramm der vierzehnten (210) Sitzung vom 2. April 2002 des Sejms der Republik Litauen*. die vierte Tgung des Sejms der Republik Litauen. 2. April 2002 14(210), 15(211) Sitzungen. Stenogramme. Nr. 120.

Jarašiūnas, E. *Valstybės valdžios institucijų santykiai ir Konstitucinis Teismas* [Die Beziehungen zwischen den staatlichen Behörden und das Verfassungsrericht]. Vilnius: Teisinės informacijos centras, 2003.

Kūris, E. Konstitucinės justicijos proceso teisės klausimai [Zu Fragen des Prozessrechts der Verfassungsjustiz]. *Teisė*. 2011, 78.

Lampe, E. J. *Strafphilosophie. Studien zur Strafgerechtigkeit*. Köln, Berlin, Bonn, München: Carl Heymanns Verlag KG, 1999.

Lietuvos Respublikos baudžiamasis kodeksas (rinkinys-segtuvas): tekstas su pakeitimais ir papildymais [Das Strafgesetzbuch der Republik Litauens]. Vilnius: Teisinės informacijos centras, 1995.

Lietuvos Respublikos baudžiamojo kodekso patvirtinimo ir įsigaliojimo įstatymas. Baudžiamasis kodeksas [Das Strafgesetzbuch der Republik Litauens]. *Staatsnachrichten*. 2000. Nr. 89-2741.

Lietuvos Respublikos Konstitucija, Lietuvos Respublikos piliečių priimta 1992 m. spalio 25 d. referendumu [Die Verfassung der Republik Litauens]. Vilnius: Teisinės informacijos centras, 2002.

Nusikalstamumas ir teisėsaugos institucijų veikla [Kriminalität und die Tätigkeit der Justizbehörden] Vilnius: Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės, 1998.

Nusikalstamumas ir teisėsaugos institucijų veikla 2000 [Kriminalität und die Tätigkeit der Justizbehörden 2000]. Vilnius: Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės, 2001.

Nusikalstamumas ir teisėsaugos institucijų veikla 2002 [Kriminalität und die Tätigkeit der Justizbehörden 2002]. Vilnius: Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės, 2003.

Nusikalstamumas ir teisėsaugos institucijų veikla 2003 [Kriminalität und die Tätigkeit der Justizbehörden 2003]. Vilnius: Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės, 2004.

Nusikalstamumas ir teisėsaugos institucijų veikla 2005 [Kriminalität und die Tätigkeit der Justizbehörden 2005]. Vilnius: Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės, 2006.

Nusikalstamumas ir teisėsaugos institucijų veikla 2006 [Kriminalität und die Tätigkeit der Justizbehörden 2006]. Vilnius: Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės, 2007.

Nusikalstamumas ir teisėsaugos institucijų veikla 2007 [Kriminalität und die Tätigkeit der Justizbehörden 2007]. Vilnius: Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės, 2008.

Nusikalstamumas ir teisėsaugos institucijų veikla 2008 [Kriminalität und die Tätigkeit der Justizbehörden 2008]. Vilnius: Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės, 2009.

Nusikalstamumas ir teisėsaugos institucijų veikla 2009 [Kriminalität und die Tätigkeit der Justizbehörden 2009]. Vilnius: Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės, 2010.

Nusikalstamumo prevencijos Lietuvoje centras [Zentrum für Kriminalitätsprävention in Litauen] [interaktiv]. Vilnius [zugegriffen 2011-02-06]. <http://www.nplc.lt/stat/atas/ird/bs/bs.htm>.

Ruling of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania of 13 December 1993 "On the compliance of the second part of Article 148 of the Criminal Code of the Republic of Lithuania as well as items 1 and 2, Article 93 of the Code of Criminal Procedure of the Republic of Lithuania with the Constitution of the Republic of Lithuania". *Rulings and Decisions of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania*. No. 1. Vilnius: Cons-

titutional Court of the Republic of Lithuania, 1994.

Ruling of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania of 14 February 1994 "On the compliance of Article 53 of the Code of Civil Procedure of the Republic of Lithuania and Part 3, Article 21 of the Law on the Procurator's Office of the Republic of Lithuania with the Constitution of the Republic of Lithuania". *Rulings and Decisions of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania*. No. 2. Vilnius: Constitutional Court of the Republic of Lithuania, 1994.

Ruling of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania of 8 April 1997 "On the compliance of Part of Article 26 of the Republic of Lithuania Code of Administrative Transgressions of Law with the Constitution of the Republic of Lithuania". *Rulings and Decisions of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania*. No. 8. Vilnius: Constitutional Court of the Republic of Lithuania, 1997.

Ruling of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania of 13 November 1997 "On the compliance of Article 50 of the Republic of Lithuania Code of Administrative Transgressions of Law with the Constitution of the Republic of Lithuania". *Rulings and Decisions of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania*. No. 9. Vilnius: Constitutional Court of the Republic of Lithuania, 1998.

Ruling of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania of 9 October 1998 "Decision on the request of the College of Civil Cases of the Vilnius Regional Court to investigate whether Part 3 of Article 476 of the Republic of Lithuania Code of Civil Proceedings is in compliance with the Constitution of the Republic of Lithuania". *Rulings and Decisions of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania*. No. 11. Vilnius: Constitutional Court of the Republic of Lithuania, 1999.

Ruling of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania of 9 December 1998 "On the compliance of the death penalty provided for by the sanction of Article 105 of the Republic of Lithuania Criminal Code with the Constitution of the Republic of Lithuania". *Rulings and Decisions of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania*. No. 11. Vilnius: Constitutional Court of the Republic of Lithuania, 1999.

Ruling of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania of 13 June 2000 "On the compliance of Item 5 of Article 1, Parts 3 and 4 of Article 10, Part 1 of Article 15, Article 20, Item 2 of Article 21, Part 2 of Article 32, Parts 2, 3 and 4 of Article 34, Items 2 and 5 of Article 35, Item 2 of Article 37 and Items 2 and 3 of Article 38 of the Republic of Lithuania Law on Education with the Constitution of the Republic of Lithuania". *Rulings and Decisions of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania*. No. 14. Vilnius: Constitutional Court of the Republic of Lithuania, 2000.

Ruling of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania of 30 June 2000 "On the compliance of Part 1 of Article 3 and Item 1 of Part 1 of Article 4 of the Republic of Lithuania Law on Compensation for Damage Inflicted by Unlawful Actions of Interrogatory and Investigatory Bodies, the Prosecutor's Office and Court with the Constitution of the Republic of Lithuania". *Rulings and Decisions of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania*. No. 14. Vilnius: Constitutional Court of the Republic of Lithuania, 2000.

Ruling of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania of 6 December 2000 "On the compliance of Articles 1 and 2 of the Republic of Lithuania Law "On Recognition of Article 40 as Null and Void and Amendment of Article 251 of the Code of Administrative Violations of Law", Paragraph 5 of Article 27 and Paragraphs 3 and 9 of Article 50 of the Republic of Lithuania Law on Tax Administration with the Constitution of the Republic of Lithuania". *Rulings and Decisions of the Constitutional Court of the Republic of*

Lithuania. No. 15. Vilnius: Constitutional Court of the Republic of Lithuania, 2000.

Ruling of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania of 12 July 2001 "On the compliance of Paragraphs 1 and 2 of Article 4, Paragraphs 1 and 3 of Article 5, Item 1 of Paragraph 3, Paragraphs 4, 5 and 6 of Article 7 of the Republic of Lithuania Law on Remuneration for Work of State Politicians, Judges and State Officials, as well as Chapter II of the Appendix to the same law, Appendix 6 to the Republic of Lithuania Law on the Approval of the Financial Indices of the 2000 State Budget and the Budgets of Local Governments, Article 9 of the Republic of Lithuania Law on Amending the Law on the Approval of the Financial Indices of the 2000 State Budget and the Budgets of Local Governments, Government of the Republic of Lithuania Resolution No. 499 "On the Temporary Experimental Procedure for Remuneration for Work to Heads and Other Officials of State Power, State Administration and Law Enforcement Bodies" of 29 November 1991, Government of the Republic of Lithuania Resolution No. 666 "On Remuneration for Work of Judges of Courts, Officials and Other Employees of the Prosecutor's Office and the State Security Department of the Republic of Lithuania" of 24 June 1997, Government of the Republic of Lithuania Resolution No. 1494 "On the Partial Amendment of Government of the Republic of Lithuania Resolution No. 689 'On Remuneration for Work of Chief Officials and Officers of Law and Order Institutions and of Law Enforcement and Control Institutions' of 30 June 1997'" of 28 December 1999 with the Constitution of the Republic of Lithuania". *Rulings and Decisions of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania*. No. 17. Vilnius: Constitutional Court of the Republic of Lithuania, 2002.

Ruling of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania of 2 October 2001 "On the compliance of Paragraph 4 of Article 269 of the Republic of Lithuania Code of Administrative Violations of Law with the Constitution of the Republic of Lithuania". *Rulings and Decisions of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania*. No. 17. Vilnius – Constitutional Court of the Republic of Lithuania, 2002.

Ruling of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania of 10 June 2003 "On the compliance of Article 45 (wording of 2 July 1998) and Paragraph 3 of Article 312 (wording of 3 February 1998) of the Criminal Code of the Republic of Lithuania with the Constitution of the Republic of Lithuania". *Rulings and Decisions of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania*. No. 20. Vilnius: Constitutional Court of the Republic of Lithuania, 2003.

Ruling of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania of 29 December 2004 "On the compliance of Article 3 (wording of 26 June 2001), Article 4 (wordings of 26 June 2001 and 3 April 2003), Paragraph 3 of Article 6 (wording of 26 June 2001) and Paragraph 1 of Article 8 (wording of 26 June 2001) of the Republic of Lithuania Law on the Restraint of Organised Crime with the Constitution of the Republic of Lithuania". *Rulings and Decisions of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania*. No. 23. Vilnius: Constitutional Court of the Republic of Lithuania, 2005.

Ruling of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania of 10 November 2005 "On the compliance of Paragraph 5 of Article 163^2 (wording of 5 july 2002) and Paragraph 6 of the same Article (wording of 4 july 2003) of the Code of Administrative Violations of Law with the Constitution of the Republic of Lithuania". *Rulings and Decisions of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania*. No. 25. Vilnius: Constitutional Court of the Republic of Lithuania, 2006.

Ruling of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania of 8 October 2009 "On the compliance of the provision "The validity of the licence shall be abolished if <…> 42.10.

a court ruling to institute the bankruptcy case against the enterprise comes into effect <…>" of Item 42 (wording of 31 January 2006) of the Rules for Licensing Trade in Unprepacked Petroleum Products approved by Resolution of the Government of the Republic of Lithuania No. 113 "On Licensing Trade in Unprepacked Petroleum Products" of 28 January 2003 with the Constitution of the Republic of Lithuania and the provision of Paragraph 7 (wording of 12 March 2001) of Article 10 of the Republic of Lithuania Enterprise Bankruptcy Law". *Rulings and Decisions of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania*. No. 33. Vilnius: Constitutional Court of the Republic of Lithuania, 2010.

Ruling of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania of 28 May 2010 "On the compliance of Article 15 (wording of 16 January 2007) of the Code of Administrative Violations of Law of the Republic of Lithuania with the Constitution of the Republic of Lithuania". Rulings and Decisions of the Constitutional Court of the Republic of Lithuania. No. 34. Vilnius: Constitutional Court of the Republic of Lithuania, 2010.

Schöch, H. Täter-Opfer-Ausgleich aus kriminologischer und strafrechtlicher Sicht. *Protokolldienst.* Täter-Opfer-Ausgleich als Modifikation des Zwangs zur Strafe. Tagung vom 15. bis 16. Juni, 1992 in der Evangelischen Akademie Bad Boll. Bad Boll: Evangelische Akademie Bad Boll, 1993, Nr. 17.

Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės [Departement für Statistik der Regierung der Republik Litauen] [interaktiv]. Vilnius [zugegriffen 2011-02-06]. <http://www.stat.gov.lt/lt/pages/view/?id=1345>.

Švedas, G. *Laisvės atėmimo bausmė: baudžiamosios politikos, baudžiamieji teisiniai ir vykdymo aspektai* [Freiheitsstrafe: Aspekte der Kriminalpolitik, des Strafrechts und des Vollzugs]. Vilnius: Teisinės informacijos centras, 2003

Tagancev, N. S. *Russkoe ugolovnoe pravo*. Lekcii. Chastj obschaja. V 2-h tomakh. Tom 2. [Russisches Strafrecht. Vorlesungen. Allgemeiner Teil. In 2 Bänden]. Moskva: Nauka, 1994.

Wyrok Trybunału Konstytucyjnego Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 6 grudnia 2004 r. Sygn. akt SK 29/04. *Dziennik Ustaw*,. 2004, Nr. 264, poz. 2641.

Wyrok Trybunału Konstytucyjnego Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 22 lutego 2005 r. Sygn. akt K 10/04. *Dziennik Ustaw*. 2005, Nr. 39, poz. 377.

Zoll, A. Założenia polityczno-kryminalne kodeksu karnego w świetle wyzwań współczesności. *Państwo i prawo*. 1998, 9-10(631-632).

TEISINĖS SANTARVĖS PRINCIPO PRADAI BAUDŽIAMOJOJE TEISĖJE

Jonas Prapiestis

Vilniaus universitetas, Lietuva

Agnė Baranskaitė

Mykolo Romerio universitetas, Lietuva

Santrauka. *Ir aukštos teisinės kultūros visuomenėje neretai baudžiamoji teisė suprantama yra kaip valstybės apsauginė, represinė priemonė, kaip nusikaltimo ir neišvengiamos bausmės (paprastai, griežtos) imperatyvas. Todėl straipsnyje bandoma parodyti, jog šiuolaikinės demokratinės teisinės (arba bent siekiančios tokia būti) valstybės baudžiamojoje*

teisėje įtvirtinama nuostatų, normų visuma, leidžianti konstatuoti, jog baudžiamosios teisės paskirtis yra ir konfliktuojančių subjektų: kaltininko – nukentėjusiojo, kaltininko – valstybės interesų suderinimas ar bent subalansavimas. Taigi baudžiamąja teise gali būti siekiama teisinės santarvės, atrodo, esant nesutaikomoms situacijoms. Tokio siekio realumą patvirtina ir teismo praktika bei baudžiamosios justicijos statistika.

Straipsnyje analizuojama baudžiamosios teisės sutaikomosios funkcijos – iš esmės naujo aspekto baudžiamosios teisės priedermėje – kilmė. Formuojama nuostata, kad pamatai ir tokiai baudžiamosios teisės funkcijai yra Lietuvos Respublikos Konstitucijos preambulės nuostatos, jog mūsų tautos siekis yra atvira, teisinga, darni pilietinė visuomenė bei teisinė valstybė. Minėtoms nuostatoms įgyvendinti panaudojamos baudžiamosios teisėkūros galimybės, atitinkamai koreguojama baudžiamoji politika. Taigi Konstitucijos ir konstitucinėje jurisprudencijoje suformuotos oficialios doktrinos tiesioginė įtaka teisėkūrai vis didesnė. Konstitucinės dimensijos tampa sudėtiniu, neatskiriamu baudžiamojo įstatymo elementu. Kita vertus, baudžiamosios teisės doktrina ir jurisprudencija taip pat prisideda, atskleidžiant konstitucinių baudžiamosios teisės principų turinį, įtvirtinant baudžiamojoje teisėje jų imperatyvus (reikalavimus) bei ją taikant praktikoje.

Šiame straipsnyje taip pat apibūdinama ir konstitucinėje jurisprudencijoje suformuotos oficialiosios doktrinos, pirmiausia atskleidžiančios Konstitucijoje įtvirtintų teisės principų turinį, įtaka baudžiamajai teisėkūrai bei teismų praktikai baudžiamosiose bylose. Atskleidžiant realų konstitucinio priešingų interesų derinimo (teisinės santarvės) principo reikalavimų įgyvendinimą baudžiamojoje teisėje, jos taikymo praktikoje, apskritai baudžiamojoje politikoje, iš esmės apibūdinamas ir šiuolaikinės demokratinės valstybės baudžiamosios teisės sutaikinamosios funkcijos turinys.

Reikšminiai žodžiai: *konstitucinis teisinės santarvės principas, konstitucinė jurisprudencija, baudžiamoji teisėkūra, baudžiamosios teisės sutaikinamoji funkcija.*

THE BASICS OF THE PRINCIPLE OF LEGAL CONCORD IN CRIMINAL LAW

Jonas Prapiestis

Vilnius University, Lithuania

Agnė Baranskaitė

Mykolas Romeris University, Lithuania

Summary. *In societies of high legal culture, criminal law is regarded as a protective and repressive measure of the state, as an imperative of crime and inevitable punishment (as a strict rule). Therefore, the article attempts to show the fact that the entirety of the provisions and norms of criminal law, consolidated in a modern democratic state under the rule of law (or, at least, a state that is attempting to become such a state), allows for the assertion that the purpose of criminal law is coordination or, at least, the balance of the interests of conflicting subjects—the victim and the culprit, the culprit and the state. Thus, by means of criminal*

law, one can try to attain legal concord in seemingly irreconcilable situations. The reality of such striving is confirmed by court practice and statistics in criminal justice.

The article analyses the origin of the reconciliation function, essentially a new aspect of criminal law. A position is formed that the fundamentals of such a function of criminal law are "laid" by the provisions of the Preamble to the Constitution of the Republic of Lithuania that the striving of the Nation is an open, just and harmonious civil society and a state under the rule of law. For the implementation of these provisions, one makes use of the possibilities of penal law-making and respectively corrects the penal policy. Thus, the Constitution and the official constitutional doctrine formulated in the constitutional jurisprudence exerts an ever increasing influence in law-making. The constitutional dimensions have become an integral and inseparable element of penal law. On the other hand, the doctrine and jurisprudence of criminal law also contributes to the disclosure of the content of the principles of criminal law, the entrenchment of the imperatives (requirements) of such principles in criminal law and the practice of its application.

This article also describes the influence of the official constitutional doctrine formulated in the constitutional jurisprudence (which discloses the content of the legal principles entrenched in the Constitution) upon penal law-making and the case-law in criminal cases. While disclosing the actual realisation of the constitutional principle of coordination (principle of legal concord) of opposite interests in criminal law, in the practice of its application and in the penal policy in general, one also essentially defines the content of the reconciliation function of criminal law in a modern democratic society.

Keywords**:** *constitutional principle of legal concord, constitutional jurisprudence, penal law-making, reconciliation function of criminal law.*

Jonas Prapiestis, Vilniaus universiteto Teisės fakulteto Baudžiamosios justicijos katedros profesorius. Mokslinių tyrimų kryptys: baudžiamoji teisė, baudžiamasis procesas, konstitucinė jurisprudencija, sveikatos teisė.

Jonas Prapiestis, Vilnius University, Faculty of Law, Department of Criminal Justice, professor. Research interests: criminal law, criminal procedure, constitutional jurisprudence, health law.

Agnė Baranskaitė, Mykolo Romerio universiteto Teisės fakulteto Baudžiamosios teisės ir kriminologijos katedros docentė. Mokslinių tyrimų kryptys: baudžiamoji teisė, baudžiamasis procesas, konstitucinė jurisprudencija, sveikatos teisė.

Agnė Baranskaitė, Mykolas Romeris University, Faculty of Law, Department of Criminal Law and Criminology, associate professor. Research interests: criminal law, criminal procedure, constitutional jurisprudence, health law.